

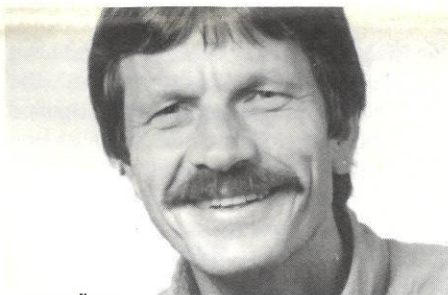
Basta!

Basels starke Alternative

Zehn Jahre wider- ständige Politik

10 Jahre Basta!

Basta! hat sich vor zehn Jahren mit dem Ziel konstituiert, links-alternativ zu politisieren. Soziologe Ueli Mäder bilanziert, was daraus geworden ist. Er hat als langjähriger Grossrat die Entwicklung mitgeprägt, die er inzwischen, beruflich bedingt, vom Rande aus betrachtet.



UELI MÄDER

Das Grüne Bündnis verfügt im Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt über 16 Sitze. Das entspricht einem Wahlanteil von 11,5%. Von den 54 Sitzen der bürgerlichen Parteien (LDP, FDP, CVP, SVP) entfallen 7 Sitze auf Frauen. Der Frauenanteil beträgt bei diesen Parteien 14,8%, beim Grünen Bündnis 68,7%, bei der SP 56,5%. Bei der Regierung bildet das Grüne Bündnis mit der SP zusammen seit Oktober 2004 eine Mehrheit. Das Grüne Bündnis besteht aus Basta! und den Grünen. Beide Organisationen haben in den letzten Jahren an Einfluss gewonnen. Der hohe Frauenanteil unterscheidet beide von der etablierten Politik. Und sonst?

Eine kurze Anfrage an den Philosophen Martin Flückiger genügt, um wichtige Eckdaten zur Geschichte von Basta! zu erfahren. Basta! hat ein gut funktionierendes Sekretariat – mit einem politischen Sekretär, der, wissenschaftlich geschult, auch Studien verfasst und früher an kulturellen Anlässen als Liedermacher auftrat. Das ist

nicht unwichtig. Das gehört zur Geschichte der Geschichte. Organisationen leben von Personen und von Persönlichkeiten. Vor Martin Flückiger leitete Soziologe Martin Engel das Sekretariat, der heute ein wichtiger Gewerkschaftssekretär ist.

Sozial, grün, feministisch

Im Juni 1995 diskutieren zwei hundert politisch Alternative in der Kuppel darüber, wie sich das widerständige links-alternative Potenzial wirksam entfalten liesse. Aus der Debatte entsteht Basta!. Im Wortlaut: Basels starke Alternative. Oder anders gesagt: es reicht!

Basta! politisiert heute im Rahmen der Grünen Partei der Schweiz und des Grü-

nen Bündnisses. Wer hätte das gedacht. Die Idee des Bündnisses bestand zwar schon am Anfang. Eine Zugehörigkeit zur Grünen Partei war aber für die meisten der damals Beteiligten undenkbar. Einzelne wollten Basta! als sozialistische Partei aufbauen, andere sahen Basta! eher als losen Zusammenschluss sozial und ökologisch Engagierter. Eine Gemeinsamkeit drückte die Formel «Basta!» aus. Im Sinn von: es reicht! Es reicht mit der Zunahme sozialer Ungleichheit und mit der Verengung städtischer Lebensräume.

Die Versammlung vor zehn Jahren in der Kuppel vereinte Kräfte der politischen Alternative, die sich vornahmen, gemeinsam sozial, ökologisch und feministisch zu politisieren und weniger über das zu stolpern, was ideologisch trennt. Dieses Ziel liess sich teilweise erreichen; zusammen mit Kreisen, die ausserparlamentarische Formen der Opposition favorisieren und

Mutationen an:
Postfach 142, 4005

AZB
4005 Basel



FRAUENDEMO AM 14. JUNI 2003 (FOTO: C. GIGER)

SEITE 2 >>



KARIN HAEBERLI

Liebe Leserin, lieber Leser
Die Zeitung, die Sie in Händen halten, ist etwas umfangreicher als üblich. Das hat seinen Grund. BastA! feiert am 17. Juni einen runden Geburtstag. Seit 10 Jahren greifen wir widerständig und gestaltend in die Politik ein. BastA! hat sich im Verlauf dieser 10 Jahre gewandelt. Neue Gesichter sind in den Vordergrund gerückt. Wir sind der Grünen Partei der Schweiz beigetreten. Von der ursprünglich

proklamierten «Organisation mit Bewegungsscharakter» ist nicht viel übriggeblieben. BastA! hat sich als Partei etabliert. Doch in einem sind wir uns treu geblieben: in unserem beharrlichen Einsatz für die sozial Benachteiligten, in unserer tiefen Überzeugung, dass ohne weltweite soziale Ge-

rechtigkeit weder Friede noch Demokratie gedeihen können. Seit dem grossen Erfolg bei den letzten Wahlen ist unter BastA!-Mitgliedern so etwas wie Aufbruchstimmung zu spüren, ähnlich derjenigen nach der Gründungsversammlung vor 10 Jahren in der Kuppel. Die Erwartungen sind hoch, die Gefahr, dass viele Erwartungen enttäuscht werden, ebenso. Wenn wir in vier Jahren nicht mit leeren Händen dastehen wollen, braucht es jetzt unseren Einsatz. Es reicht nicht, auf unsere Grossrätinnen und Grossräte zu vertrauen, auch wenn die ihre Arbeit sehr gut machen. Noch weniger können wir auf eine Regierung zählen, die offensichtlich noch nicht gemerkt hat, dass die Mehrheitsverhältnisse sich geändert haben. In Basel wird sich nur etwas bewegen, wenn wir alle uns bewegen, wir alle, die wir die bestehenden Verhältnisse, die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, die Aushöhlung demokratischer Grundrechte nicht einfach hinnehmen, sondern verändernd eingreifen wollen. Es gibt viel zu tun. Packen wir es an!

INHALT

| | |
|---|-------|
| INTERVIEW MIT HANSPETER USTER | S. 3 |
| MEINUNGEN ZU BASTA! | S. 4 |
| DIE ALTERMONDIALISTISCHE BEWEGUNG | S. 5 |
| GRUNDRECHTE SIND FÜR MENSCHEN DA | S. 7 |
| CHRONIK | S. 8 |
| DAMIT BASEL ROT-GRÜN SIEHT | S. 9 |
| KURZPROFIL | S. 10 |
| SANS-PAPIERS: WER HAT ANGST VOR HERRN TUR TUR | S. 11 |
| 10 JAHRE BASTA! – JUBILÄUMSFEIER | S. 12 |

>> SEITE 1

davor warn(t)en, sich parteimässig zu organisieren oder vereinnahmen zu lassen.

Breite Bevölkerungskreise unterstützen das erste Referendum gegen den Abbau der kantonalen Beihilfen. Das Engagement für sozial Benachteiligte dokumentierte eindrücklich und gut nachvollziehbar, was eine widerständig konstruktive Politik ausmacht. Die spätere Initiative für eine Entlassungssteuer liess sich weniger gut kommunizieren. Heute hätte sie vermutlich mehr Chancen. Die Kluft bei den Löhnen und Vermögen ist transparenter geworden. Wenn Managerlöhne weiter ansteigen und Jugendliche keine Lehrstelle finden, mehren sich die Stimmen, die sagen: es reicht!

Widerständig konstruktiv

In stark individualisierten Gesellschaften wahren sozial Benachteiligte nach aussen den Schein, alles sei, wie es sein müsse. Sie strecken sich nach der Decke, geben manchmal ihren Stress an andere weiter, treten nach unten. Wer sich ohnmächtig fühlt, flüchtet nach vorn oder zieht sich zurück und empfindet das Bessere als Bedrohung. Es fordert zum Handeln auf, von dem befürchtet wird, dass es scheitern und weitere Defiziterfahrungen mit sich bringen könnte. Konsumorientierte Verhaltensmuster bieten imaginäre Sicherheiten und stützen die Konformität. Knappheit verstärkt auch die rivalitätsbezogene Sozialisation. Sie ist ein Nährboden für Ressentiments. Ständiger Aktivitätsdruck entspricht dem dominanten Leistungsideal: Was helfen könnte, macht Angst. So halten etliche Personen mit niedrigen Einkommen an den Normen einer destruktiven Konkurrenz fest. Sie verteidigen die illusionären Vorbilder ihrer Anpasstheit. Doch wenn die Normerfüllung zum wichtigsten Inhalt wird, gerät die emotionale Basis in Gefahr. Die Überforderung erhöht die Labilität des Selbstwertes.

Bei den jüngsten Gesprächen mit sozial

Benachteiligten fiel uns indes auf, wie harsch viele Betroffene die zunehmende soziale Ungleichheit kritisieren. Sie beanstanden insbesondere die hohen Löhne der Manager. Die geäusserte Empörung und Wut deuten auf Veränderungen hin, die von der Resignation zum sozialen Handeln führen. Je nachdem lassen sich die vorhandenen Dispositionen aber auch neopopulistisch vereinnahmen. Wer verunsichert ist, läuft Gefahr, Halt in autoritären Strukturen zu suchen und zu simplifizieren, statt zu differenzieren. Die zunehmende Kluft der Einkommen und Vermögen beinhaltet jedenfalls soziale Brisanz. Sie gefährdet den sozialen Zusammenhalt. Wichtig sind daher existenzsichernde Einkommen und ein ausgebautes System der sozialen Sicherung. Die Finanzierung ist in der reichen Schweiz vorwiegend eine Frage des politischen Willens. Erhebliche Reserven bestehen bei den oberen Einkommen, Vermögen und Kapitalgewinnen. Aber wie kommt es zu mehr Egalität und einer erfolgreichen Entlassungssteuer?

BastA! setzt sich widerständig und konstruktiv für einen sozialen Ausgleich ein. Ein starker Eckpfeiler ist die parlamentarische Arbeit. Mehrere junge Frauen tragen sie mit. Die Traktandenliste des Grossen Rates prägt das Setting der Aktivitäten. Seit dem Aufbruch in der Kuppel hat sich BastA! stark institutionalisiert und parteimässig etabliert. Wichtig sind auch grundlegende Debatten, die sich an speziellen Anlässen mit sozial-theoretischen und polit-ökonomischen Fragen befassen. Hinzu kommen immer wieder Kundgebungen, Stand- und Strassenaktionen. Das zuweilen unkonventionelle Auftreten und Erscheinungsbild unterscheidet BastA! von etablierten Parteien. Inhaltlich sind die markant hohe Frauenquote und die links-alternative Ausrichtung zentral. Da ist sich BastA! treu geblieben. BastA! engagiert sich seit zehn Jahren für soziale, ökologische und feministische Anliegen.

IMPRESSUM • NR. 2 • JUNI 2005

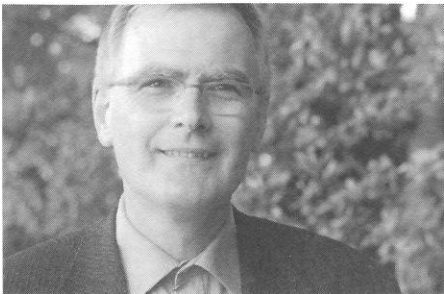
Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel. Telefon/Fax 061 691 16 31, E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch. PC 40-31244-5. Website: www.basta-bs.ch. erscheint mind. 4x jährlich, für alle Mitglieder gratis. Redaktion: Karin Haeblerli, Martin Brunner, Martin Flückiger. Gestaltung: Lucio Giugni. Druck: Rumzeis Basel



«Geschichte hat sich nie durch das Akzeptieren der geschichtlichen Realität vollzogen. Ganz im Gegenteil: sie hat sich immer durch die Vermittlung von Leuten erfüllt. Die ‚nein‘ gesagt haben, und die nicht nur aus Gründen der Moral oder der Politik ‚nein‘ gesagt haben, sondern weil sie eine bestimmte Situation nicht hinnehmen konnten und wollten.»

JEAN-PAUL SARTRE

Sei aufmerksam, empfinde nichts umsonst, messe und vergleiche!



HANSPETER USTER

Jurist. Seit 1991 Vorsteher der Sicherheitsdirektion des Kantons Zug. Mitglied der Sozialistisch-Grünen Alternative (SGA), gewählt auf der Liste Alternative Kanton Zug.

Bulletin: Hanspeter, mit Dir und Deinen Freunden habe ich Mitte der 70-er Jahre politisch über die «richtige Massenlinie» gestritten. Seither sind Jahre vergangen, wir sehen wohl alle alles nicht mehr so eng. Im Gegensatz zu mir und den meisten unserer Weggefährten hast Du es aber in die Classe politique geschafft. Genosse Hanspeter – ist Dir diese Anrede heute peinlich?

Peinlich nicht, nur unüblich. Als Arbeitersohn verstehe ich mich weiterhin als Angehöriger der Klasse der Lohnabhängigen. Die Anrede erinnert natürlich an den Sozialismus, der in Osteuropa damals gar nicht real existiert hat, sondern eine Bürokraten- und Stasi-Herrschaft war. Auf maliziöse Fragen von Bürgerlichen im Wahlkampf, wie ich es denn mit DDR und Co. gehalten habe, konnte ich immer darauf hinweisen, dass wir die Charta 77, Solidarnosc und die Dissidenten in der DDR unterstützten, während Exponenten des Zuger Finanzplatzes mit den dortigen Machhabern Geschäfte machten. Ich bin auch froh, nie an einen Parteitag im Osten gepilgert zu sein. Hätte die neue Zuger Linke allerdings die «Massenlinie» vertreten, wäre für uns die entscheidende Frage des Finanz- und Handelsplatzes nicht im Vordergrund gestanden. Genau das macht aber unsere Identität aus, und das erklärt, weshalb wir nicht nur in der Regierung sind, sondern mit Jo Lang auch einen der drei Zuger Nationalratssitze gewinnen konnten. Meine Ansprache anfangs 2003 an der Demo vor dem Sitz der Zuger Firma, der das Öl gehörte, das aus der havarierten «Prestige» vor der galicischen Küste auslief, war ein Symbol für diese Identität, auch das Ja der Alternativen - als einzige Zuger Partei - zum Neuen Finanzausgleich. Noch ein Wort zur «Classe politique»: diese Begrifflichkeit des Populismus verschleiern, dass die wirkliche Macht in der «classe economique» liegt.

Hanspeter Uster (Sozialistisch Grüne Alternative, Zug) ist ein national bekanntes Aushängeschild links-ökologischer Politik. Er hat als Vertreter seiner Partei langjährige Exekutivverantwortung hinter sich. – Martin Brunner interessierte sich für das Verhältnis des Berufspolitikers zum Regieren und zur Macht.

Bulletin: Unsere politische Bewegung charakterisiert unter anderem ihr basisdemokratisches Selbstverständnis. Regierungsbeteiligung war aus dieser Sicht nicht immer unumstritten – auch heute ist sie nicht für alle selbstverständlich. Wie bewertest Du Deine langjährige Regierungserfahrung gemessen am strategischen Ziel der Notwendigkeit einer radikalen sozialen und ökologischen Erneuerung?

Die Sozialistisch-Grüne Alternative setzt sich seit unserer Gründung 1986 für eine ökologische, soziale und solidarische Welt ohne Militär und Frauenunterdrückung ein. Dieses Fundament trägt mich auch in der Regierung. Eine radikale soziale und ökologische Erneuerung ist nötig, auch und vor allem auch global. Es ist ein langer und harter Weg, aber die Freude, dafür zu kämpfen, gibt auch den nötigen Mumm. Ich bin überzeugt, dass wir nur weiterkommen, wenn wir institutionelle und ausserinstitutionelle Arbeit miteinander verknüpfen und das Institutionelle nicht das Primat bekommt.

Bulletin: Regieren heisst Macht haben. Man sagt, dass Macht korrumpiere. Als Vertreter einer Bewegung, die zur Macht ein eher zwiespältiges Verhältnis hat, bist Du besonders exponiert. Welche politische Mechanik gibt Gewähr dafür, dass die Orientierung an der (WählerInnen-)Basis nicht verloren geht? Oder aus Basler Sicht gefragt: Was rätst

Du Guy Morin (und den Gruppierungen, die ihn portierten) in dieser Hinsicht?

Den Kontakt mit der eigenen Partei bewusst pflegen, aber auch mit ausserparlamentarischen Bewegungen in Kontakt bleiben oder treten, und offen sein für kritische Fragen und Anliegen. Und ein zweites: Wenn ich einen schwierigen Entscheid fällen muss, frage ich immer, ob der frühere Kantonsrat Hanspeter Uster im Parlament eine Interpellation machen würde, und wie ich seine Fragen (es waren immer kritische Fragen, die er an die Regierung richtete) beantworten würde. Diese Methode hat mich schon vor einigen Dummheiten bewahrt.

Bulletin: Als links-grünes Exekutiv-Mitglied bist Du mehr als andere Politiker Projektionsfläche unserer Hoffnungen und – unserer Frustrationen. Daraus dürfte ein beträchtlicher Erwartungs- und Rechtfertigungsdruck resultieren. Darf ich eine Frage stellen, welche mir «früher» zweifellos den Vorwurf des kleinbürgerlichen Subjektivismus eingebracht hätte: Spürst Du diesen Druck? Welches sind Deine persönlichen Bewältigungsstrategien?

«Sei aufmerksam, empfinde nichts umsonst, messe und vergleiche: dieses ist das ganze Gesetz der Philosophie»: Lichtenbergs Notiz in seinem Sudelbuch drückt das Spannungsverhältnis von rationalen

SEITE 10 >>



MEINUNGEN ZU BASTA!

Nach zehn Jahren politischer Aktivität in Basel nahm es uns wunder, wie BastA! «von aussen» beurteilt wird. Wie sehen politisch interessierte Personen, die nicht in unserer Partei aktiv sind, BastA!? Was gefällt und was missfällt ihnen? Im Folgenden einige kurze Stellungnahmen:

Herzliche Gratulation zu zehn Jahren BastA! Ihr erhöht die Lebensqualität unseres Stadtkantons gewaltig. Als ich vor gut einem Jahr etwas lustlos von Bern wieder nach Basel zurückkehrte, war das Vorhandensein von BastA! ein wichtiger Pluspunkt für Basel. Unterdessen habe ich eine gute politische Dynamik in unserer Stadt erfahren, die mich zu neuem Engagement im NGO-Bereich ermutigt. Natürlich geht das nicht ohne eine breite Vernetzung. Und BastA! hat immer ein offenes Ohr für NGO-Vorschläge.

ANNI LANZ

Gut, gibt es BastA! Für mich steht sie als kleiner Felsblock inmitten von Treibsand und erinnert mich daran, dass wir auch noch anders denken können.

INES RIVERA

BastA! ist immer für eine Überraschung gut, setzt sich jedoch unbeirrt für die Anliegen der Schwächeren in unserer Gesellschaft ein: da gibt es keine Überraschungen.

GEORG MATTMÜLLER,
GESCHÄFTSFÜHRUNG BEHINDERTEN-
FORUM,
DACHORGANISATION DER BEHINDERTEN-
SELBSTHILFE DER REGION BASEL

Ich habe BastA! im Zusammenhang mit einer gemeinsamen Kampagne gegen die drohende Todesstrafe für Öcalan kennengelernt. Das hat mich gefreut. BastA! ist die Partei, mit der ich am meisten Meinungs- und Verhaltensgemeinschaften aufgebaut habe. Ich schätze ihre solidarische, in-

ternationalistische und demokratische Position und möchte, dass sie diese Position in der Schweiz verbreitet.

BastA! ist anders als die Parteien, in denen ich bis jetzt gearbeitet habe. Da ich jedes politische Problem sowohl auf nationaler wie internationaler Ebene betrachte, finde ich eine Politik, die sich auf den Kanton beschränkt, einseitig. Zwar bin auch ich überzeugt, dass eine Demokratie nur funktionieren kann, wenn sie auf lokalen demokratischen Strukturen aufbaut. Aber wir sind als Menschheit verpflichtet, uns landes- und weltweit zu solidarisieren. Deshalb bin ich in der Meinung, dass die fortschrittlichen demokratischen Kräfte sich sowohl auf nationaler wie internationaler Ebene organisieren müssen.

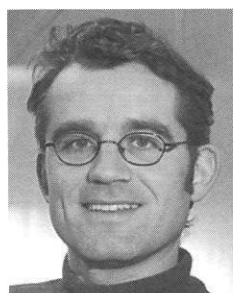
Mit meinen tiefsten solidarischen Gefühlen wünsche ich euch viel Erfolg.

Ya basta! La lucha siége!

MAHIR SAYIN

10 Jahre gibt's BastA!, die sozial und ökologisch engagierte Partei. Ich finde es schön, dass es eine Partei gibt, die den Mut hat dafür einzutreten, dass es den Menschen, welchen es nicht allzu gut geht, besser gehen sollte. Kämpft weiter, ich werde BastA! immer unterstützen, auch ohne Mitglied zu sein. Ich schätze ebenfalls das BastA!-Engagement für die Umwelt und für die Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität in unserer Stadt. Zusammen mit allen "Fans" dieser Partei können Veränderungen möglich sein. Bravo!

RUTH BANDERET, GRAUE PANTHER



BEAT JANS, PRÄSIDENT SP BASEL-STADT

BastA! ist die Pasta im Spaghettitopf der Stadtpolitik, der Stachel im Fleisch des Basler Politestablishments, die unbequeme Korrektur von links aussen. Erst recht, wenn die Linke in der Regierungsverantwortung steckt: BastA! braucht es und damit basta!. Liebe BastA!, bleibt uns erhalten und tragt Sorge zu euch – und zu uns.

Sach- und andere Zwänge

MARTIN FLÜCKIGER

Es gibt Wörter im politischen Vokabular, die sind echt sexy. Das Wort «Sachzwang» zum Beispiel. Wie ein Tanga bedeckt der Sachzwang die Scham derart notdürftig, dass man sich unwillkürlich fragt: Gibt es sie noch, die Scham? Und wenn ja, was heisst dann «schamlos»?

Doch wir wollen hier nicht moralisieren, sondern uns dem nüchternen Geschäft der Politik zuwenden. Denn gerade in diesem Gewerbe, das nebst der Prostitution zu den ältesten und lukrativsten gezählt werden darf, fetert der Sachzwang Urstände. Ich behaupte: Politik ist zu neunzig Prozent der voreiligen Nachvollzug von Sachzwängen. Wie der Begriff sagt, sind Sachzwänge zwingend. Sie dulden weder Widerrede noch Alternativen. Wer sich Sachzwängen nicht beugt, gilt als lächerlicher Don Quichotte.

Der Sachzwang wird in der Politik vornehmlich dann bemüht, wenn es darum geht, Wahlversprechen zu brechen, mithin der eigenen Wählerschaft etwas schmackhaft zu machen, das ihr gar nicht schmeckt. «Sachzwänge» zwingen Sozialdemokraten, die Mindestansätze der Sozialhilfe zu kürzen, öffentliche Betriebe zu privatisieren oder Bildungsangebote abzubauen. «Sachzwänge» führte Tony Blair ins Feld, um die Beteiligung englischer Truppen am Irakkrieg zu rechtfertigen. Dass sich die angeblichen Sachzwänge im Nachhinein als Propagandalügen entpuppten, kann als vernachlässigbares Detail der Geschichte abgehakt werden. Tony Blairs Wiederwahl war zu keinem Zeitpunkt gefährdet.

Der Sachzwang wird aber auch gezielt eingesetzt, um Eigeninteressen zu kaschieren. «Sachzwänge» müssen herhalten, wenn Bürgerliche sich selbst Steuergeschenke machen oder die Deregulierung der Märkte fordern, auf dass sich der wieder wild gewordene Kapitalismus hemmungslos entfalten kann.

Hier wird eines deutlich: Die Rede von Sachzwängen, ob aus linkem oder rechtem Mund, ist oft eine feige Ausrede. Meistens nämlich haben Sachzwänge Namen. Sie heissen beispielsweise Ospel oder Vaseha oder Blocher. Diese Namen verkörpern eine Kapitalmacht, von der die öffentliche Hand nur träumen kann. Wenn sich die Politik Sachzwängen beugt, macht sie einen Rückzug vor den Zentren der Macht. Der Sachzwang ist vornehmlich das Feigenblatt der Feigen.

In Zeiten der Sachzwängerei halte ich es mit meinem literarischen Freund Don Quichotte. Ist doch besser, gegen Windmühlen zu kämpfen, als aus «Sachzwang» in den Krieg zu ziehen, oder?

Die altermondialistische Bewegung in der Schweiz

Ausblick

VON ORLANDO EBERLE
UND LIS FÜGLISTER

Die altermondialistische Bewegung – auf deutsch unpräzise «Antiglobalisierungsbewegung» genannt – orientierte sich zu ihrem Beginn weitgehend am zapatistischen Aufstand von 1994 in Chiapas. Damals gingen beeindruckende Bilder von aufständischen Indígenas rund um die Welt und weckten die Lebensgeister der Linken. Die poetisch-rebellischen Mitteilungen und Briefe aus dem lakandonischen Urwald waren von zentraler Bedeutung für die Entwicklung von postsozialistischen Positionen.

Chiapas-Solidaritätsbewegungen und anarchistische Gruppierungen standen am Anfang der altermondialistischen Bewegung in der Schweiz. Diese trat 1998 anlässlich der Proteste rund um die zweite Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation WTO in Genf ein erstes Mal in Erscheinung.

In den folgenden Jahren konzentrierte sich die Bewegung in der Deutschschweiz v.a. auf Mobilisierungen und Proteste gegen die jährlich stattfindenden Treffen des World Economic Forum WEF in Davos. Die Protestdemonstrationen wurden von Jahr zu Jahr grösser, die Behörden ratloser, die Medien aufmerksamer und die WEF-Organisatoren nervöser. Nachdem die Sicherheitskräfte im Januar 2001 durch brutales Vorgehen Tausenden Demonstrationswilligen den Weg nach Davos verwehrt hatten, gelang es der Bewegung, die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen. Die inzwischen politisch breiter abgestützt und äusserst heterogen zusammengesetzte Bewegung organisierte sich im «Oltner Bündnis». Durchwegs bestand die Hoffnung, dass dieser Zusammenschluss von globalisierungskritischen Organisationen, Gewerkschaften und linken Parteien einiges bewegen könnte.

Doch bereits zwei Jahre später liess fehlendes taktisches Fingerspitzengefühl das Bündnis an den Demonstrations-Kontrollschleusen von Fideris zerschellen. Innere Zerstrittenheit und mangelnde Unterstützung der etablierten Linksparteien trugen das Ihre zur Zersplitterung bei. Was aber vor allem fehlte, war eine vertiefte Auseinandersetzung mit der wachsenden Heterogenität und den dazugehörigen Differenzen und Widersprüchen innerhalb der Bewegung.

Mit den Friedenskundgebungen im Vorfeld des Irak-Kriegs erlebte die altermondialistische Bewegung in der Schweiz einen neuen Höhepunkt. An der grössten De-

Das Ende des dualen Weltmodells stürzte die Linke auch hierzulande in eine tiefe (Sinn-)Krise, die fast die ganzen 90er Jahre anhielt. In dieser Apathie vorerst kaum beachtet, entstand in den Bergen im Südosten Mexikos der Ausgangspunkt einer neuen Bewegung, die sich für eine Welt jenseits von neoliberalen Raubtierkapitalismus oder kommunistischer Diktatur einzusetzen begann und die neue Linke auch in der Schweiz nachhaltig prägte.

monstration seit 20 Jahren nahmen in Bern rund 40 000 Menschen teil. Nach Kriegsbeginn legte sich die Euphorie jedoch rasch; Ernüchterung und Ohnmacht angesichts der Gräueltaten machten sich breit. Die Linke hatte es verpasst, die vielen empörten und sensibilisierten jungen Menschen in ihre politische Arbeit einzubinden.

einiges erreicht. Teile der Gewerkschaften und die Parteien links der SP haben viele ihrer Anliegen aufgenommen und bringen sie – zum Teil mit Erfolg – in die politischen Prozesse ein. Einige neoliberale Projekte wie das Steuerpaket, das EMG-Gesetz und die AHV-Revision sind in den letzten Jahren auf Grund gelaufen, und die



Als neuer Hoffnungsschimmer zeigen sich die neuen Formen der Anti-WEF-Proteste, wie sie in diesem Jahr zum ersten Mal in Bern stattfanden: Nachdem die rot-grüne Berner Stadtregierung das Demonstrations- und Versammlungsrecht im Vorfeld der Proteste kurzerhand ausser Kraft gesetzt hatte, machten die AltermondialistInnen mit bunten Aktionen und kreativen Protestmärschen auf ihre Anliegen aufmerksam und zeigten sich damit von einer anderen, auch medienwirksamen Seite.

Neben dem Auf und Ab der Mobilisierungen rund ums WEF hat die altermondialistische Bewegung in der Schweiz auch

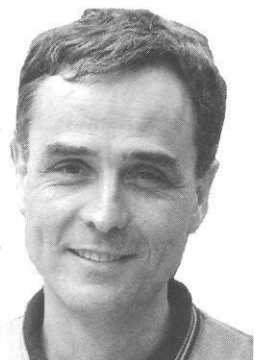
ambivalente Globalisierungsthematik hat den Weg auch in traditionelle Institutionen wie die Schule und die Kirche gefunden.

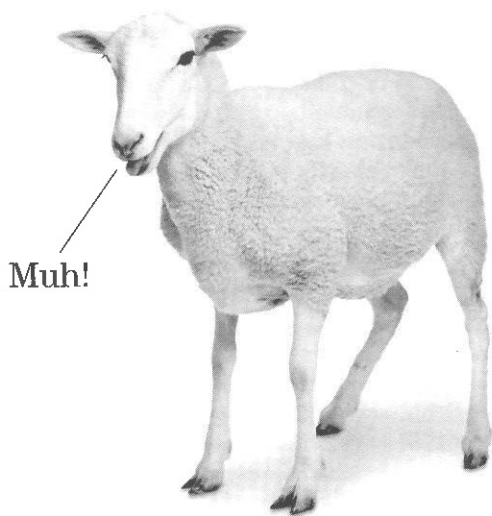
Die Zukunft der altermondialistischen Bewegung wird sich daran messen, wie die Anliegen der verschiedenen Gruppierungen zusammengeführt werden können und ob gemeinsame Strategien gefunden werden. Als Rahmen für solche Auseinandersetzungen könnten die verschiedenen Sozialforen dienen. Auf internationaler Ebene mit grossem Erfolg durchgeführt, hält sich die Begeisterung in der Schweiz jedoch in Grenzen. Die Linke ist – wie so manches in der Schweiz – zurückhaltend und träge.

GUY MORIN MEINT ZU BASTA!

Seit meinem Amtsantritt merke ich, wie leicht ein Regierungsrat in der Flut der alltäglichen Verwaltungsentscheidungen oder der sogenannten Sachwänge erstarren kann. Die kritischen, hartnäckigen und aufmüpfigen, mit Beharrlichkeit von Basta! vorgebrachten politischen Forderungen und Anregungen sind notwendig.

GUY MORIN, VORSTEHER JUSTIZDEPARTEMENT





Muh!

Leisten Sie sich eine eigene Meinung.

Die letzte unabhängige Wochenzeitung der Schweiz: Geschrieben für Leute, die selbständig denken und handeln. Leisten Sie sich die WOZ. Für 235 Franken im Jahr. Oder 10 Wochen lang zur Probe für 30 Franken. Tel. 044 448 14 44, abo@woz.ch, oder www.woz.ch **WOZ DIE WOCHENZEITUNG**

Agrobusiness – Hunger und Recht auf Nahrung

Agrartechnologie, Kulturzerstörung und Vertreibung; Landreform, Frauenrechte und Livelihood; WTO, Geschlechterverhältnis und Armutsbekämpfung; Naturverhältnisse, Klimapolitik; Biodiversität, Gentechnologie, Nestlé-imperium; Grüne und Landwirtschaftspolitik

A. Roy, J. Ziegler, S. Amin, M. Hochuli, H. Melber, B. Englert, R. Schüssler, A. Missbach, Q. Hui, C. Wichterich, C. Görg, A. Brunnengräber, M. Weber, C. Heineke, T. Goethe, F. Meienberg, B. Rimml, F. Polonia, M. Behrens, F. Cuche, H. Karch

Diskussion

C. von Werlhof: Natur, Maschine, Mimesis
P. Niggli: Liberaler Imperialismus und Hilfswerke
R. Falk: Neue Politik der Weltbank?
U. Brand: Deglobalisierung
F.O. Wolf: Projekt der Multitude

232 Seiten, Fr. 25.– (Abonnement Fr. 40.–)

zu beziehen im Buchhandel oder bei

WIDERSPRUCH, Postfach, 8026 Zürich

Tel./Fax 044 273 03 02

vertrieb@widerspruch.ch

www.widerspruch.ch

Internationale Menschenrechts- beobachtung Freiwillige Friedenseinsätze

Peace Brigades International PBI (Mindesteinsatzdauer: ein Jahr) in Guatemala, Indonesien, Kolumbien, Mexiko
Peace Watch Switzerland PWS (Mindesteinsatzdauer: zwei Monate, resp. drei Monate) in Palästina/Israel, Mexiko, Guatemala

Informationsveranstaltungen:

BERN: Samstag, 3. September 2005, 13.00 – 17.30 Uhr, WWF Bildungszentrum, Bollwerk 35

ZÜRICH: Samstag, 10. September 2005, 13.00 – 17.30 Uhr, Volkshaus, am Helvetiaplatz, Stauffacherstr. 60

Vorbereitungsseminare 2005 für Auslandeinsätze:

Palästina/Israel: 26.-28. Aug. und 14.-18. Sept.

Mexiko und Guatemala: 28.-30. Okt. 11.-13. und 25.-27. Nov.

PBI Einführungsweekend: 28.-30. Oktober

Informationen und Anmeldung:

PBI Schweiz: 026 422 25 90, info@peacebrigades.ch, www.peacebrigades.ch

Peace Watch Switzerland PWS: 044 272 27 88, info@peacewatch.ch, www.peacewatch.ch

078 879 23 61, infosuisseromande@peacewatch.ch

Peace Brigades International (PBI) und Peace Watch Switzerland (PWS) entsenden Freiwillige als internationale BeobachterInnen in Konfliktgebiete. Die Anwesenheit dieser MenschenrechtsbeobachterInnen sichert einheimischen FriedensaktivistInnen internationale Aufmerksamkeit. Menschenrechtsverletzungen werden verhütet oder können nicht unbemerkt geschehen.

Grundrechte sind für Menschen da

Schengen hin oder her



MARGRITH VON FELTEN

Das Grundrechtsverständnis meiner Bekannten ist hierzulande weit verbreitet. Grundrechte, Rechte überhaupt, sind nach diesem Verständnis nicht Rechte der Menschen, die sie frei ausüben dürfen und als Menschen auch sollen – in einer Demokratie auch können müssen –, solange sie keine Straftaten begehen. Diese Rechte sind gemäss der weiteverbreiteten Meinung dem Ermessen des Staates unterworfen. Die Zauberformel heisst: Missbräuche bekämpfen. Dabei bestimmt die Behörde, die nach diesem Verständnis zur Beschneidung von Grundrechten legitimiert sein soll, was in ihren Augen Missbrauch ist. Sollte jemand seine Rechte in Anspruch nehmen, wird denn auch stets von Missbrauch von eben diesen Rechten und Freiheiten schwadroniert: «Wirtschaftsflüchtlinge» missbrauchen angeblich das Asylrecht; mit seiner repressiven Politik gegen alle MigrantInnen schütze der Staat die «wirklich» politisch Verfolgten. Arbeitsscheue missbrauchten die Arbeitslosen- und Invalidenversicherung; der Staat schütze die wirklichen Erwerbslosen und Arbeitsunfähigen, indem er alle noch stärker kontrolliert und die Bezüge kürzt. Potentielle „Randalierer“ missbrauchen angeblich das Demonstrationsrecht. Der Staat schütze es, indem er mit Polizeigewalt gegen alle DemonstrantInnen vorgeht und neuerdings sogar Demonstrationen schlicht verbietet oder verhindert. Nach diesem Rechts- und Staatsverständnis hat der Staat sich vor denjenigen zu schützen, die ihre Rechte wahrnehmen oder auch nur wahrnehmen könnten. Im offiziellen Jargon heisst dies: Wahrung der inneren Sicherheit. Oder Staatsschutz. Dazu müssen präventiv Telefone abgehört, E-Mails ausspioniert, Privaträume überwacht, Personen mit immer raffinierteren Hightech-Methoden kontrolliert werden. Dazu muss bei Demonstrationen präventiv eingegriffen, müssen DemonstrantInnen präventiv fichiert werden.

In einer Gesellschaft, die sich zu den Grundrechten bekennt, hat die Polizei zum Schutz der Grundrechte tätig zu werden, und zwar auch dann, wenn nur wenige

Einer Bekannten versuchte ich zu erklären, weshalb ich bei der Abstimmung über Schengen ein Nein einlegen werde. Ich schilderte die Konsequenzen eines allfälligen Beitritts der Schweiz an mehreren praktischen Beispielen und thematisierte die Beschränkung von Grundrechten. Es half nichts. Die Bekannte schaute mich ungläubig an. Kein einziges Argument überzeugte sie. Es sei doch nicht schlimm, von der Polizei kontrolliert zu werden. Die faktische Ausweispflicht sei auch kein Problem; sie werde Pass oder Identitätskarte einfach in die Handtasche stecken. Und ausserdem: Wem nichts vorgeworfen werden kann, habe von der Überwachung durch ein europaweites elektronische System nichts zu befürchten. Ich war ratlos: Weshalb werde ich nicht verstanden? Weshalb sieht meine Gesprächspartnerin nicht ein, dass ihre Grundrechte bedroht sind?

oder einzelne in ihren Grundrechten betroffen sind. Das heisst: Bei Demonstrationen hat die Polizei z.B. den Verkehr zu regeln, sowie gegen militante Lädellbesitzer

se konkretisieren die Menschenwürde und garantieren jeder Person, unabhängig von den jeweiligen Mehrheitsauffassungen und aktuellen politischen Trends, sich am



«POLIZEIDEMO» IN BASEL AM 29. 1. 2005 (C. GIGER)

und aufgebrachte Shopper einzuschreiten, damit die Versammlungs- und Meinungsäusserungsfreiheit der Demonstrierenden gewährleistet ist.

Die allmähliche Aushöhlung von Grundrechten und die Tendenz zum Polizeistaat wird von der Main-Stream-Politik kaum mehr kritisiert. Die Verteidigung von Grundrechten gehört jedoch zum Kern linker Politik. Es gilt, auf die freie Ausübung unserer Grundrechte zu pochen, denn die-

politischen und kulturellen Leben zu beteiligen. Die Veränderungsfähigkeit einer Gesellschaft setzt Grundrechtsgarantien und den Verzicht auf die Sicherheit und Stabilität totalitärer Ordnungen voraus.

Literatur:

Busch, Heiner, Innere Sicherheit nach dem 11. September, Widerspruch Nr. 42, 2002
Müller, Jörg Paul, Elemente einer schweizerischen Grundrechtstheorie, Bern 1982

GEFÄHRDEN TROLLEYBUSSE DIE DEMONSTRATIONSFREIHEIT?

Ja, natürlich!! Das Demokratierisiko, das von Trolleybussen ausgeht, ist neuerdings sogar vom Bundesamt für Verkehr bestätigt. Dieses schreibt in einer Antwort auf einen Rekurs betreffend Konzessionsverletzung durch die BVB:

«Der Hinweis auf bessere Beständigkeit des Trolleybusses bei temporären Verkehrsbehinderungen und damit auf erhöhte Fahrplanstabilität ist richtig. Andererseits muss aber beachtet werden, dass der Trolleybus diese Verkehrsbehinderungen nicht

umfahren kann und so werden Kundgebungen oder andere öffentliche Veranstaltungen behindert oder sogar verunmöglicht. Damit kann die Ausübung von Grundrechten wie die Meinungsäusserungsfreiheit oder die Kommunikationsfreiheit auf öffentlichem Grund erschwert werden.»

Jetzt wissen wir also, wem wir die neue Einsatzdoktrin der Basler Polizei bei Demonstrationen zu verdanken haben: den Trolleybussen!

MARTIN FLÜCKIGER

10 JAHRE BASTA!

1995

Im Juni findet in der Kuppel die Gründungsversammlung von Basta! statt. Die rasche Beteiligung an den Nationalratswahlen im Oktober (mit einem Stimmenanteil von 2,6 %) irritiert einzelne Interessierte.

1996

Basta! und Grüne bilden eine gemeinsame Liste bei den Grossratswahlen. Die Frauenliste (FraB) kandidiert alleine. Alle drei Gruppierungen schaffen den Sprung ins Parlament, die Liste «Grüne und Basta!» mit 9,2% und 13 Sitzen, die FraB mit 5,3% und 7 Sitzen.

1998

Im Februar verhindert Basta!, zusammen mit Organisationen von Betagten und Behinderten, die Abschaffung der kantonalen Beihilfen.

Im Mai lanciert Basta! eine Initiative für eine Entlassungssteuer. Unternehmen, die ihre Produktion rationalisieren und Leute entlassen, sollen ein halbes Prozent der Gewinnsteigerung der öffentlichen Hand abgeben.

1999

Im Oktober kandidiert die ehemalige SP-Politikerin Margrith von Felten bei den Nationalratswahlen für «Das Bündnis», die gemeinsame Liste von FraB, Grünen und Basta!. Die links-feministisch-grüne Allianz verpasst mit einem Stimmenanteil von 8,7% den Sitz im Nationalrat.

Bei den Verfassungsratswahlen im Oktober erhält «Das Bündnis» 5 Sitze.

2000

Im März tritt Rita Schiavi bei der Ersatzwahl in den Regierungsrat: als gemeinsame Kandidatin der Linken an. Sie erreicht ein gutes Resultat, der CVP-Kandidat das bessere.

Im September führt Basta! die Aktion «SchweizerInnen leihen MigrantInnen ihre Stimme» durch.

Bei den Gesamterneuerungswahlen im Oktober treten Basta!, Grüne und Frauenliste mit einer gemeinsamen Liste an und werben mit drei verschiedenen Plakaten. Das Resultat: eine 12-köpfige Fraktion.

Unter aktiver Beteiligung von Basta! wird der Verein Städtepartnerschaft Ba-

sel-Van gegründet. Van liegt im kurdischen Teil der Türkei. Der Verein unterstützt eine Kelim-Werkstatt, die rund 100 Frauen – vorwiegend Binnenflüchtlinge – beschäftigt und damit ihnen und ihren Familien ein Einkommen garantiert.

2001

Im Februar lehnen die Stimmenden die Initiative für eine Entlassungssteuer deutlich ab.

Basta! beteiligt sich am Referendum gegen den Ausbau des Schiessplatzes Allschwilerweiher. Die Abstimmung geht knapp verloren, doch später halten die Behörden den Schiessplatz ebenfalls für überflüssig.

Basta! unterstützt den Streik der Arbeitnehmenden bei der Zentralwäscherei, die ihre Situation verbessern können.

Erfolgreich engagiert sich Basta! auch gegen das Elektrizitätsmarktgesetz.

2002

Im Oktober löst sich die Frauenliste auf.

Basta!-Mitglied Irene Amstutz präsidiert den Verfassungsrat.

2003

Im März versucht Basta!, den verkappten Abbau der kantonalen Beihilfen zu verhindern. Das Referendum misslingt.

Auf Anregung von Basta! wird der Verein «Service public statt NPM» gegründet. Die beharrliche Arbeit dieses breit abgestützten Vereins hat wesentlich dazu beigetragen, dass der Grosse Rat die flächendeckende Einführung von NPM ablehnt hat.

Im Herbst findet in Basel das erste regionale Sozialforum statt. Etliche Basta!-Mitglieder haben sich an der Vorbereitung beteiligt.

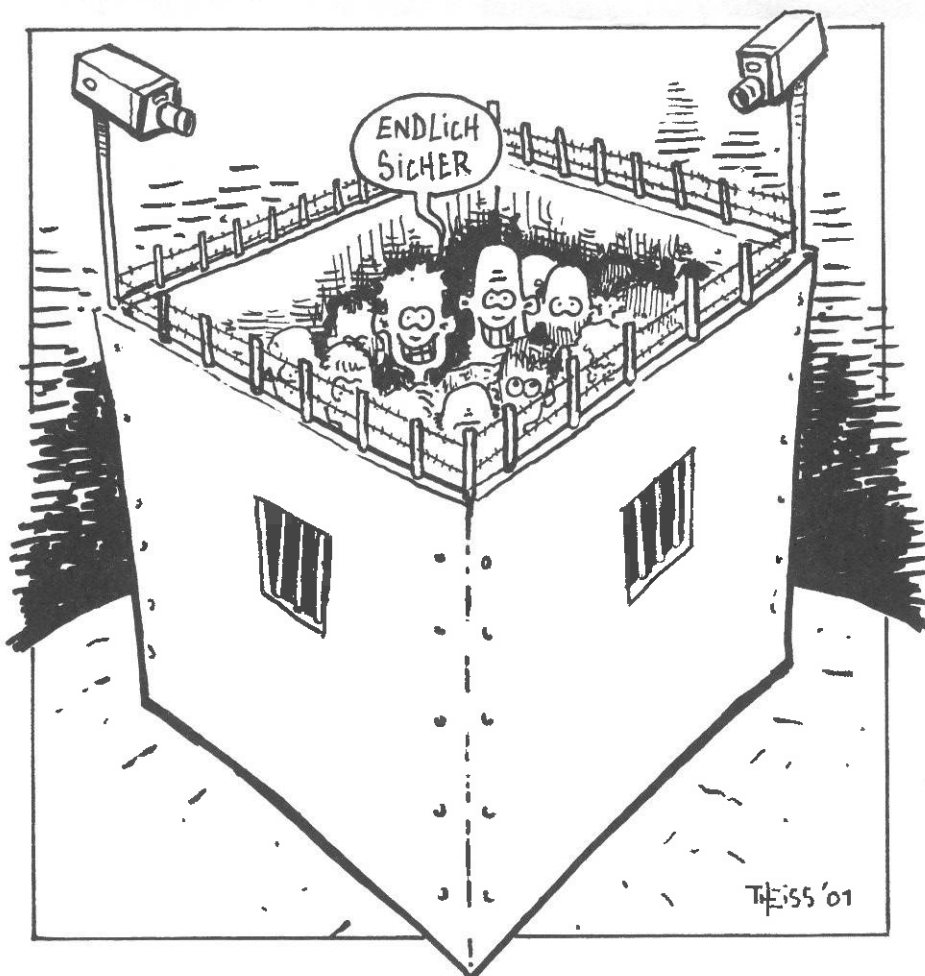
Im Oktober beteiligen sich Basta! und Grüne getrennt an den Nationalratswahlen. Basta! tritt ausschliesslich mit Frauen an. Die links-grüne Listenverbindung reüssiert. Alle drei SP-Kandidierenden werden gewählt, zudem Anita Fetz als Ständerätin.

2004

Im Jahr tritt Basta! der Grünen Partei Schweiz bei und engagiert sich gegen das unsozial und mieterfeindliche Steuerpaket.

Als Reaktion auf die Pläne des Universitätsrates, die Uni nach wirtschaftlichen Kriterien umzugestalten und Fächer abzubauen, wird auf Initiative von Basta! das Forum demokratische Uni gegründet.

Im Oktober beteiligen sich Basta! und Grüne als «Grünes Bündnis» an den kantonalen Erneuerungswahlen. Guy Morin schafft den Sprung in die Regierung. Im Grossen Rat gewinnt das «Grüne Bündnis» vier zusätzliche Sitze. Die SP legt ebenfalls stark zu. So ergibt sich eine links-grüne Mehrheit bei der Regierung. Im Parlament bleiben die bürgerlichen Kräfte knapp stärker vertreten.



INNERE SICHERHEIT

10 JAHRE BASTA!

1995

Im Juni findet in der Kuppel die Gründungsversammlung von Basta! statt. Die rasche Beteiligung an den Nationalratswahlen im Oktober (mit einem Stimmenanteil von 2,6 %) irritiert einzelne Interessierte.

1996

Basta! und Grüne bilden eine gemeinsame Liste bei den Grossratswahlen. Die Frauenliste (FraB) kandidiert alleine. Alle drei Gruppierungen schaffen den Sprung ins Parlament, die Liste «Grüne und Basta!» mit 9,2% und 13 Sitzen, die FraB mit 5,3% und 7 Sitzen.

1998

Im Februar verhindert Basta!, zusammen mit Organisationen von Betagten und Behinderten, die Abschaffung der kantonalen Beihilfen.

Im Mai lanciert Basta! eine Initiative für eine Entlassungssteuer. Unternehmen, die ihre Produktion rationalisieren und Leute entlassen, sollen ein halbes Prozent der Gewinnsteigerung der öffentlichen Hand abgeben.

1999

Im Oktober kandidiert die ehemalige SP-Politikerin Margrith von Felten bei den Nationalratswahlen für «Das Bündnis», die gemeinsame Liste von FraB, Grünen und Basta!. Die links-feministisch-grüne Allianz verpasst mit einem Stimmenanteil von 8,7% den Sitz im Nationalrat.

Bei den Verfassungsratswahlen im Oktober erhält «Das Bündnis» 5 Sitze.

2000

Im März tritt Rita Schiavi bei der Ersatzwahl in den Regierungsrat: als gemeinsame Kandidatin der Linken an. Sie erreicht ein gutes Resultat, der CVP-Kandidat das bessere.

Im September führt Basta! die Aktion «SchweizerInnen leihen MigrantInnen ihre Stimme» durch.

Bei den Gesamterneuerungswahlen im Oktober treten Basta!, Grüne und Frauenliste mit einer gemeinsamen Liste an und werben mit drei verschiedenen Plakaten. Das Resultat: eine 12-köpfige Fraktion.

Unter aktiver Beteiligung von Basta! wird der Verein Städtepartnerschaft Ba-

sel-Van gegründet. Van liegt im kurdischen Teil der Türkei. Der Verein unterstützt eine Kelim-Werkstatt, die rund 100 Frauen – vorwiegend Binnenflüchtlinge – beschäftigt und damit ihnen und ihren Familien ein Einkommen garantiert.

2001

Im Februar lehnen die Stimmenden die Initiative für eine Entlassungssteuer deutlich ab.

Basta! beteiligt sich am Referendum gegen den Ausbau des Schiessplatzes Allschwilerweiher. Die Abstimmung geht knapp verloren, doch später halten die Behörden den Schiessplatz ebenfalls für überflüssig.

Basta! unterstützt den Streik der Arbeitnehmenden bei der Zentralwäscherei, die ihre Situation verbessern können.

Erfolgreich engagiert sich Basta! auch gegen das Elektrizitätsmarktgesetz.

2002

Im Oktober löst sich die Frauenliste auf.

Basta!-Mitglied Irene Amstutz präsidiert den Verfassungsrat.

2003

Im März versucht Basta!, den verkappten Abbau der kantonalen Beihilfen zu verhindern. Das Referendum misslingt.

Auf Anregung von Basta! wird der Verein «Service public statt NPM» gegründet. Die beharrliche Arbeit dieses breit abgestützten Vereins hat wesentlich dazu beigetragen, dass der Grosse Rat die flächendeckende Einführung von NPM abgelehnt hat.

Im Herbst findet in Basel das erste regionale Sozialforum statt. Etliche Basta!-Mitglieder haben sich an der Vorbereitung beteiligt.

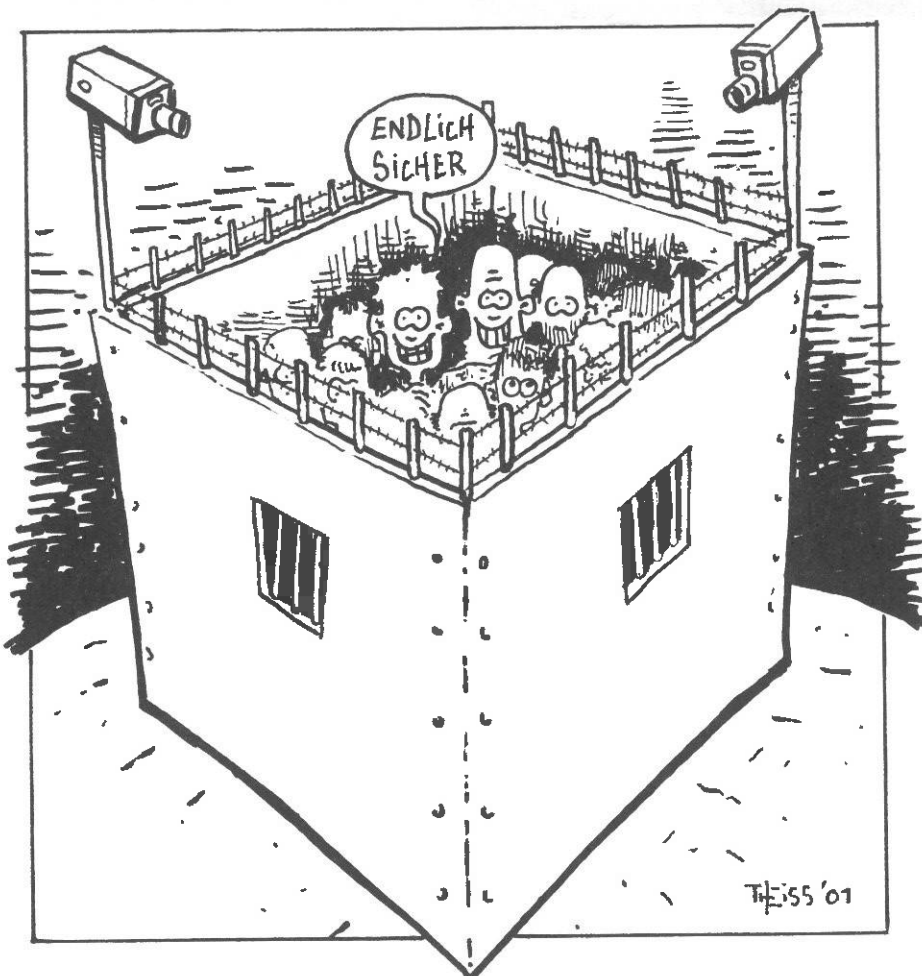
Im Oktober beteiligen sich Basta! und Grüne getrennt an den Nationalratswahlen. Basta! tritt ausschliesslich mit Frauen an. Die links-grüne Listenverbindung reüssiert. Alle drei SP-Kandidierenden werden gewählt, zudem Anita Fetz als Ständerätin.

2004

Im Jahr tritt Basta! der Grünen Partei Schweiz bei und engagiert sich gegen das unsozial und mieterfeindliche Steuerpaket.

Als Reaktion auf die Pläne des Universitätsrates, die Uni nach wirtschaftlichen Kriterien umzugestalten und Fächer abzubauen, wird auf Initiative von Basta! das Forum demokratische Uni gegründet.

Im Oktober beteiligen sich Basta! und Grüne als «Grünes Bündnis» an den kantonalen Erneuerungswahlen. Guy Morin schafft den Sprung in die Regierung. Im Grossen Rat gewinnt das «Grüne Bündnis» vier zusätzliche Sitze. Die SP legt ebenfalls stark zu. So ergibt sich eine links-grüne Mehrheit bei der Regierung. Im Parlament bleiben die bürgerlichen Kräfte knapp stärker vertreten



INNERE SICHERHEIT

Werde Mitglied

Wenn Sie mehr über BastA! wissen möchten, nehmen Sie mit uns Kontakt auf! Die BastA!-Zeitung erscheint vierteljährlich und wird Ihnen auf Wunsch gratis zugeschickt.

Gegen einen jährlichen Unkostenbeitrag können Sie sich auch für den BastA!-Versand mit Veranstaltungshinweisen und regelmässigen Berichten über unsere Aktivitäten anmelden. Und nicht zuletzt sind Sie auch als Mitglied jederzeit willkommen.

Eine Mitgliedschaft bei BastA! ist gar nicht so teuer. Der Mindestbeitrag für Personen mit geringem Einkommen beträgt Fr. 10.- pro Monat. Ansonsten bestimmt jedes Mitglied selber, welcher Betrag ihm angemessen erscheint. Als unverbindliche Richtlinie gilt 1% des Nettoeinkommens. Warum also nicht einfach den unten stehenden Talon ausfüllen und per Post oder per Fax an die angegebene Adresse schicken? Uns würd's freuen.



Ich interessiere mich für BastA! Schickt mir mehr Unterlagen.



Ich möchte regelmässig von BastA! hören. Ich spende mindestens Fr. 50.- und bekomme den detaillierten BastA!-Versand.



Ich will Mitglied von BastA! werden und bezahle einen monatlichen Beitrag von Fr. _____.-

(Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag für Leute mit geringem Einkommen beträgt Fr. 10.- pro Monat).



Ich bestelle die Broschüre «Mobilität mit Qualität» (38 S., Unkostenbeitrag Fr. 5.-)

Name:

Vorname:

Strasse:

Adresse:

Telephon/Fax:

E-Mail:

Bitte einsenden an:
BastA!, Basels starke Alternative
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel
oder Fax 691 16 31

BASTA! KURZPROFIL

«Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer.» Diese alte Feststellung ist heute aktueller denn je: Sozialabbau, Privatisierung öffentlicher Betriebe und Entsolidarisierung der Gesellschaft sind die Stichworte. Wir sagen dazu BastA! und haben uns 1995 in «Basels starker Alternative» zusammengeschlossen.

BastA! versteht sich als Forum von Personen, die sich offen und kritisch mit der sich wandelnden Gesellschaft auseinandersetzen wollen. Wir greifen in das politische Geschehen ein, auf der Strasse oder im Parlament, wo BastA! gemeinsam mit der Grünen Partei die Fraktion «Grünes Bündnis» bildet. Wir sind auf der Suche nach neuen Wegen linker Politik, frech und konsequent, konstruktiv und anregend.

Grossratsfraktion des Grünen Bündnis

Beatrice Alder, Sibel Arslan, Patrizia Bernasconi, Stephanie Ehret, Margrith von Felten, Brigitta Gerber, Karin Haeblerli, Rolf Häring, Lukas Labhardt, Anita Lachenmeier, Heidi Mück, Urs Müller, Annemarie Pfister, Evelyn Rommerskirchen-Amsler, Jürg Stöcklin, Michael Wüthrich

Für BastA! steht die soziale Frage im Zentrum. Basel hat ein relativ gut ausgebautes soziales Netz. Dazu wollen wir Sorge tragen. Wir wehren uns gegen Leistungsabbau im Sozialbereich und setzen uns dafür ein, dass die grossen Sozialwerke wie AHV oder Arbeitslosenversicherung langfristig gesichert und ausgebaut werden. Wir befürworten einkommensabhängige Krankenkassenprämien.

BastA! engagiert sich für einen starken Service public. So wichtige Bereiche wie Bildung, Gesundheit, öffentlicher Verkehr, Post, Energie- und Wasserversorgung gehören

nicht in die Hände privater, am Profit orientierter Unternehmen.

Immer mehr Menschen, die einer Erwerbsarbeit nachgehen, verdienen nicht genug, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. BastA! unterstützt deshalb die gewerkschaftliche Forderung nach existenzsichernden Mindestlöhnen. Wichtiges Anliegen ist uns aber auch die gerechte Verteilung der Arbeit – der bezahlten und der unbezahlten – auf beide Geschlechter. Für uns steht fest: ohne eine deutliche Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit werden wir auch in Zukunft mit hohen Arbeitslosenzahlen zu rechnen haben.

Die Frauenbewegung hat in den vergangenen Jahrzehnten Einiges erreicht. Von einer realen Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern sind wir aber noch weit entfernt. Noch immer verdienen viele Frauen weniger als Männer, obwohl sie die gleiche Erwerbsarbeit verrichten. BastA! stellt sich solchen Tendenzen entschieden entgegen und setzt sich dafür ein, dass die öffentlichen Gelder gerecht verteilt werden und die Frauen in Gesellschaft und Politik angemessen vertreten sind.

Bildungskosten sind Investitionen in die Zukunft. BastA! hält es daher für verkehrt, im Bildungsbereich zu sparen. Die Schulen brauchen im Gegenteil mehr Geld, um den Herausforderungen der Gegenwart gerecht werden zu können. Alle Kinder, ob sie aus begüterten oder weniger begüterten Familien stammen, haben Anrecht auf eine hochstehende Schulbildung.

Integration ist eine der zentralen Aufgaben unserer Zeit. Wir lehnen alle Formen der Diskriminierung ab und setzen uns dafür ein, dass die ausländische Wohnbevölkerung die gleichen Chancen erhält wie die schweizerische.

Nicht zuletzt setzt BastA! sich dafür ein, dass Basel eine lebendige und wohnliche Stadt bleibt, attraktiv nicht bloss für die guten Steuerzahler, sondern für alle Bevölkerungsschichten.

>> VON SEITE 3

und emotionalen Faktoren sehr gut aus, die ich auch zur Verarbeitung nutze. Tatsächlich gibt es Momente, wo ich mich für Vieles verantwortlich fühle, das ich letztlich gar nicht steuern kann. Dieses sich selbst bewusst werden und anderen bewusst machen, nimmt den Druck oft etwas weg. Aber es ist nun halt mal so, dass wir eine besondere Verantwortung haben und in der Regel auch gute Möglichkeiten, um sie wahrzunehmen. Damit muss leben können, wer ein solches Amt will.

Bulletin: 10 Jahre BastA! – Haben wir nicht ein Geschenk zu gut? Was wünschst Du uns als Gruppierung anlässlich unseres Ge-

burtstages aus Deinem Regierungsblickwinkel?

Wie wärs mit diesem Interview als Geschenk? Und vielleicht mit einer Teilnahme an einer eurer Veranstaltungen? Themen gibt es genug, die Aushöhlung des Asylrechts nicht nur durch Bundesrat Blocher, sondern auch durch den Ständerat ist unerträglich!

Bulletin: Ich weiss um die Belastung, die mit Deiner Funktion verbunden ist. Umso mehr bedanke ich mich für Dein Angebot und Deine Mitarbeit.

INTERVIEW: MARTIN BRUNNER

Keine Angst vor Herrn Tur Tur

Sans-Papiers



HEIDI MÜCK

Herr Tur Tur, eine Figur aus Michael Endes Klassiker «Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer», hat eine wunderliche Eigenschaft, die ihn dazu verurteilt, ein einsames Dasein in der Wüste zu fristen: Herr Tur Tur ist ein Scheinriese, das heisst, er wirkt im Gegensatz zu den übrigen Menschen umso grösser, je weiter entfernt er ist. Diese Eigenschaft führt dazu, dass sich alle vor ihm fürchten. Auf der ganzen Welt findet er kein Land, in dem die Menschen keine Angst vor ihm haben, so dass er zuletzt in die Wüste zieht, damit niemand mehr durch ihn erschreckt wird.

In der Schweiz gibt es schätzungsweise 100 000 Menschen ohne Aufenthaltsbewilligung. Diese Sans-Papiers leben nicht in der Wüste, sondern mitten unter uns, sie hüten Kinder und putzen für uns, sie arbeiten im Gastgewerbe, in der Landwirtschaft und auf dem Bau. Trotzdem scheinen die SchweizerInnen furchtbare Angst vor ihnen zu haben. Wird ein Sans-Papiers entdeckt, muss er mit der sofortigen Ausschaffung rechnen, egal, wie lange er hier schon gelebt und gearbeitet hat. Die Möglichkeit der Aufenthaltsbewilligung aus humanitären Gründen wird von den meisten Kantonen kaum wahrgenommen. In der Region Basel leben schätzungsweise 5000 bis 10 000 Sans-Papiers, die Kantone BS und BL beantragten zusammen in den letzten 4 Jahren nur für 36 Personen humanitäre Bewilligungen.

Lukas der Lokomotivführer beruhigt seinen kleinen Freund Jim Knopf, als dieser beim Anblick der riesigen Gestalt von Entsetzen gepackt wird, mit den Worten: «Angst taugt nichts. Wenn man Angst hat, sieht meistens alles viel schlimmer aus, als es in Wirklichkeit ist.» Gemeinsam gehen sie dem Scheinriesen entgegen und merken, dass dieser überhaupt nicht gefährlich ist. Jim Knopf nimmt sich im Stillen vor «nie wieder vor irgendetwas oder irgendetwem Angst zu haben, bevor er ihn oder es nicht aus der Nähe betrachtet hätte.»

Im Jahre 2001 begannen die Sans-Papiers, sich zu Kollektiven zusammen zu schliessen, und traten auch in Basel mit

Kirchenbesetzungen an die Öffentlichkeit. Die Hauptforderung der Sans-Papiers war und ist die kollektive Regularisierung, das heisst die Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen für alle. Nachdem zuerst von öffentlicher Seite behauptet wurde, dass es in Basel praktisch keine Sans-Papiers gäbe, ist die oben erwähnte Schätzung ihrer Anzahl mittlerweile unbestritten. Unbestritten sollte auch sein, dass die Sans-Papiers mit ihrer Arbeit ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor sind und dass die Arbeitgeber vom unsicheren Status der Sans-Papiers massiv profitieren. Von einer kollektiven Regularisierung will die Regierung in Basel jedoch nichts wissen, einerseits, weil der Rechtsbruch des illegalen Aufenthaltes nicht mit einer Aufenthaltsbewilligung belohnt werden soll, andererseits, weil die diffuse Angst besteht, dass eine kollektive Regularisierung nur die Türen für weitere Sans-Papiers öffnen würde, die dann ihrerseits nach einiger Zeit wieder eine Aufenthaltsbewilligung fordern.

Für Herrn Tur Tur endet die Geschichte positiv: Er wird von Jim und Lukas auf ihre kleine Insel Lummerland geholt, wo er den hoch geschätzten und wichtigen Job eines Leuchtturms ausübt. Als Lummerland am Ende auf magische Weise Teil des grossen Landes Jimballa wird, werden auch die neuen Bewohner des Landes nach und nach „mit dem Scheinriesen so gut bekannt, dass er sich ohne Sorge selbst am hellichten Tag zeigen konnte, weil niemand sich mehr vor ihm erschreckte. Die Kinder winkten ihm zu, wenn sie ihn von Ferne meilenhoch in den Himmel ragen sahen, und er winkte glücklich zurück.“ Die Sans-Papiers sind leider noch weit von diesem glücklichen Zustand entfernt, sie verstecken sich aus Angst vor Kontrollen und können kaum am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. BastA! unterstützt die Sans-Papiers und ihre Forderungen seit Beginn und wird auch weiterhin dafür sorgen, dass die Stimme der Sans-Papiers nicht überhört wird.



Kampagne «Eine Arbeit = eine Bewilligung!»

Am 26. April 05 wurde die Kampagne «1 Arbeit=1 Bewilligung!» lanciert. Die Kampagne hat zum Ziel, sozialen und politischen Druck für eine kollektive Regularisierung aufzubauen, die Anzahl der ArbeiterInnen ohne geregelten Aufenthalt und ihre prekären Arbeitsbedingungen sichtbar zu machen und für den einzelnen einen grösstmöglichen persönlichen Schutz zu erreichen. Mitmachen können alle Sans-Papiers aus der Nordwestschweiz, die eine Erwerbsarbeit haben oder gehabt haben. Wer Mitglied der «Union der ArbeiterInnen ohne geregelten Aufenthalt» werden will, erstellt bei der Anlaufstelle für Sans-Papiers oder der IGA ein Dossier mit den wichtigsten Informationen über seine Arbeits- und Lebenssituation und erhält einen Mitgliederausweis mit Foto und Notfalltelefonnummer im Falle von Verhaftungen. Der Mitgliederausweis hat eine wichtige symbolische Bedeutung: Die Sans-Papiers erhalten eine Art Status, sie sollen ein gesundes Selbstbewusstsein gegenüber Behörden, Arbeitgebern oder Gewerkschaftern entwickeln können. An der Pressekonferenz stellte eine als Hausangestellte arbeitende Frau den «Appell der Sans-Papiers vom 26. April 05 in Basel» der Öffentlichkeit vor. Dieser endet mit folgendem Aufruf: «Grundlegende Menschenrechte sind im Moment für uns meist nur schöne Vorstellungen und Träume. Mit der Hilfe aller können sie Wirklichkeit werden!»

HEIDI MÜCK UND PIERRE-ALAIN NIKLAUS

10 Jahre Jubiläumsfeier

Sa. 22. Oktober 2005
ab 15 Uhr
Gundeldingerfeld
Halle Querfeld

Dornacherstrasse 192, Basel

Programm

Teil I:

Brennpunkt Staat (15 - 18 Uhr)

Linke Parteien und Gewerkschaften werden in den bürgerlichen Medien immer wieder als staatsgläubige Besitzstandswahrer und ewiggestrige Bremsen dargestellt, die einer Modernisierung der Verwaltung und einer Dynamisierung von Wirtschaft und Gesellschaft im Wege stehen. Anlass für uns, unser Verhältnis zum Staat unter die Lupe zu nehmen. Diverse Fachpersonen nehmen in Kurzreferaten zu unterschiedlichen Aspekten des Staatsverständnisses Stellung. Vorgesehen sind folgende Themenbereiche:

- Die Linke und der Staat im Wandel der Geschichte (Jo Lang)
- Der Staat unter dem Aspekt der Genderfrage
- KünstlerInnen und ihr Verhältnis zum Staat
- Individuum und Staat aus ethisch-philosophischer Sicht
- Die Linke in der Regierungsverantwortung (Therese Frösch)

Anschliessend Apéro: ca. 18.30-19.30 Uhr

Teil II:

Festliches Essen und Grussbotschaften

Teil III:

Disco und Tanz, ab 22 Uhr bis tief in die Nacht

Damit Basel auf Kurs bleibt

Basta!

Basels starke Alternative

